

eGovernment auf dem Vormarsch

Bern, 17.11.2009 -

Rede von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, 3. Nationales E-Government-Symposium, Bea Expo Bern, 17. November 2009

Die virtuelle Welt ist eine Realität. eGovernment ist daher für ein modernes Staatswesen von grosser Bedeutung. Die Umsetzung der bundesrätlichen eGovernmentstrategie ist in vollem Gange. Doch es bleibt noch viel zu tun. Besonderes Augenmerk verdienen hierbei die Aspekte "Innovation" und "ePartizipation".

Sehr geehrte Damen und Herren

Für unkundige Klischee-Reiter ist klar: Wenn sich im gemütlichen Bern Verwaltungsfachleute treffen, um Techniken der öffentlichen Administration zu besprechen, dann wiehert wohl wieder einmal ein gemächlich trotter Amtsschimmel.

Welch ein Irrtum. "E-Government" heisst das Thema des heutigen Symposiums. Und E-Government ist eines der dynamischsten Pferde im Schweizer Verwaltungs-Rennstall. Ich bedanke mich herzlich für Ihre heutige Einladung. Sie erlaubt mir, im Folgenden einige Blicke auf dieses kraftvoll vorwärts galoppierende Phänomen zu werfen.

Die virtuelle Welt ist eine Realität. Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sogar Bundesräte der älteren Generation surfen eifrig im Internet und gehen kaum je ohne Handy aus dem Haus. Manche bloggen sogar. Zwar finden sich, wie bei allem Neuen, die Avantgardisten und die breite Nutzerschicht oft einer gewissen Anzahl von Skeptikern gegenüber. Die Geschichte zeigt aber eindrücklich, dass sich neue Technologien nicht aufhalten lassen. Neuerungen sind daher als Chancen wahrzunehmen.

Auch dem Staat kommt hierbei eine Rolle zu. Zum einen soll er sich, wo immer sinnvoll, selber dieser neuen Technologien bedienen. Zum andern soll er die neuen Technologien und den Umgang damit fördern, soweit dies im öffentlichen Interesse ist und private Initiative hierzu nicht ausreicht. Wir können es uns nicht leisten, nichts zu tun. Der Ausspruch "Stillstand bedeutet Rückschritt" gilt im Bereich moderner Informatik- und Kommunikationsmittel besonders drastisch: Wer nur schon kurz innehält, findet sich umgehend in der technologischen Steinzeit wieder. Dessen muss sich auch der Staat bewusst sein und aus der Chance dieser Technologien den besten Nutzen für die Bürger und die Wirtschaft ziehen.

Dabei ist E-Government, also die Nutzung von Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik in Regierung und Verwaltung, für ein modernes Staatswesen von besonderer Bedeutung. E-Government trägt dank effizienteren Verwaltungsabläufen zu einem schlankeren Staat bei. Ein schlankerer Staat ist nicht nur transparenter und kostengünstiger. Entscheidend ist vor allem, dass E-Government den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft einen vereinfachten Zugang zum Staat beziehungsweise zum Umgang mit diesem Staat ermöglicht. Dies ist ein handfester wirtschaftlicher Standortvorteil und fördert dazu die Bürgernähe des Staates. Schliesslich dient E-Government auch der Vernetzung von Wissen, sei es in Bildung, Forschung, Wirtschaft oder Kultur. Diese Vernetzung ist ein Schlüsselfaktor im internationalen Wettbewerb von

Wissensgesellschaften wie der Schweiz.

Aus diesen Gründen hat der Bundesrat, in enger Absprache mit Kantonen und Gemeinden, anfangs 2007 eine nationale E-Government-Strategie beschlossen. Sie hat zum Ziel, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Die Behörden ihrerseits sollen ihre Geschäftsprozesse modernisieren und untereinander elektronisch verkehren. Diese nationale Strategie bildet die Basis für Bund, Kantone und Gemeinden, ihre jeweiligen Anstrengungen auf gemeinsame Ziele auszurichten. Sie legt gemeinsame Grundsätze, Vorgehen sowie Instrumente zu deren Umsetzung fest.

Die Umsetzung der Strategie erfolgt dezentral. Sie findet aber koordiniert und unter der Aufsicht eines Steuerungsausschusses statt, dem ich persönlich vorstehe. Für die koordiniert umzusetzenden Projekte führen wir einen Katalog priorisierter Vorhaben, der zur Zeit 43 Elemente umfasst.

Werfen wir einen Blick auf den Stand der Umsetzung der nationalen E-Government-Strategie.

Diese Umsetzung ist in vollem Gange. Die meisten der 43 priorisierten Vorhaben aus der Strategie schreiten gemäss Plan voran. Einige stecken noch in der Konzeptphase oder können erst jetzt angegangen werden. Bis Ende Jahr haben wir voraussichtlich bereits sieben der Vorhaben realisiert. Sodann ist die Finanzierung - von Haus aus eines meiner Herzensanliegen - zu einem grossen Teil geregelt. Schliesslich haben viele Kantone ihre eigene E-Government-Strategie auf die nationale Strategie ausgerichtet.

Unser Vorgehen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie ist den föderalen Strukturen und Kulturen unseres Landes angepasst. Das Motto lautet "Zentral koordinieren, dezentral realisieren". Dieses föderalistische Vorgehen dauert zwar gelegentlich etwas länger als ein Federstreich aus einer zentralstaatlichen Hauptstadt. Es ist auch im internationalen Vergleich im Bereich E-Government ziemlich einmalig. Doch entspricht das Vorgehen unserem tief verankerten Föderalismus. Dieser bringt Lösungen hervor, die in der Einheit vielfältig sind, lokalen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechen und breit mitgetragen werden. Und wenn wir dafür auf internationalen E-Government-Rankings (noch) nicht an der Spitze erscheinen, so nehmen wir das in Kauf - wir stellen jedenfalls grosse Fortschritte fest. Wir arbeiten nicht für das Schaufenster, sondern für nachhaltige Lösungen.

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, belegen auch aktuelle Studien.

Gemäss der vor zwei Wochen erschienen Studie zu "E-Government und Bevölkerung" ist der grösste Teil der Bevölkerung mit dem Internetangebot der Verwaltung zufrieden. Wir dürfen uns auf diesem Resultat jedoch nicht ausruhen. Es ist eine Momentaufnahme. Die heranwachsende Generation, auch "Digital Natives" bezeichnet, wird andere Ansprüche an die Verwaltung stellen, als dies z.B. meine Generation tut. Wer mit "MP3", "Youtube" und "Facebook" aufwächst, hat wenig Lust auf vergilbte Formulare oder verstaubte Kanzleien. Er wird von der Verwaltung erwarten, dass diese ihre Leistungen umfassend und in kundennaher, attraktiver Form auf elektronischem Weg anbietet. Dabei geht es um weit mehr als das Bereitstellen von Informationen und Formularen. Mit der Elektronifizierung entstehen gänzlich neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit. Schliesslich macht moderne Informatik die Verwaltung auch zu einer attraktiveren Arbeitgeberin, nicht zuletzt für die junge, informatikgewöhnte Generation.

Eine weitere Studie, die bei den Verwaltungsstellen durchgeführt wurde, zeigt, dass die Kantone ihre Aktivitäten im Bereich E-Government stark vorwärts treiben und damit Schritt für Schritt Erfolge haben. Dass man sich bei der Umsetzung von Projekten mehrheitlich auf die Standards von eCH stützt, ist eine ausgezeichnete Grundlage für Synergien und Interoperabilität.

Dieselbe Studie zeigt aber auch, dass die Aktivitäten der Gemeinden eher stagnieren. Gründe sind die fehlenden Ressourcen und vor allem in kleineren Gemeinden das fehlende Wissen. Diese Gemeinden dürfen wir aber nicht abhängen. Insbesondere die Kantone haben hier eine weitere Aufgabe.

Denn damit unser ambitioniertes Programm in sinnvoller Zeit und kostenoptimiert realisiert werden

kann, braucht es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen hinweg. Die Schlüsselrolle bei der Umsetzung der E-Government-Strategie spielen nämlich alle Player zusammen, die hier durch Sie vertreten sind: Die Bundesstellen, die Kantone, die Städte und eben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit ihren Partnern der Wirtschaft. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen muss gestärkt werden. Es ist wichtig, dass das bereits reichhaltig vorhandene Wissen zwischen den unterschiedlichen Akteuren geteilt wird. So können beispielsweise die Beteiligten auf der Basis von freiwilliger Zusammenarbeit ihr vorhandenes Wissen, z.B. mittels offener Standards und Musterlösungen, zum Nutzen aller teilen und weitergeben.

Zum Schluss wilil ich kurz auf zwei Aspekte von E-Government eingehen, die mir besonders bedeutsam scheinen: Die Innovationskraft von E-Government und die ePartizipation. Das sind ja auch die heutigen Tagungsthemen.

Zunächst zur Innovation: Die Einführung von E-Government bedeutet immer auch eine Erneuerung der Verwaltung. Neue Abläufe werden möglich. Neue Arten der Zusammenarbeit entstehen, z.B. wenn Verwaltungsdienstleistungen direkt in die Abläufe von Unternehmen eingepasst werden. Neue Produktionsprozesse setzen ein. Neue Synergien entstehen, z.B. mit einer digitalen Identität wie der SuisseID, die sowohl in den Verwaltungs- als auch in den Geschäftsprozessen der Wirtschaft eingesetzt werden kann. Solche Innovation benötigt einerseits kreative Köpfe, die sie hervorbringen. Andererseits bedarf die Innovation aufgeschlossener Geister, die sie im Alltag zur Anwendung bringen.

Die Innovationskraft von E-Government erstreckt sich unter dem Stichwort "ePartizipation" auch auf die Demokratie. Neue Medien erleichtern und vervielfachen klassische Mitwirkungsprozesse. Es geht nicht nur darum, bisherige Verfahren - von der Petition über die Vernehmlassung bis zur Abstimmung oder Wahl (Stichwort: eVoting) - eins zu eins von der Strasse oder der Post auf das Internet zu übertragen.

Vielmehr entstehen im virtuellen Raum auch neue Plattformen der politischen Meinungsbildung. So informierten sich vor den letzten Nationalratswahlen bereits über 20 Prozent der Abstimmenden dank Instrumenten wie "Smartvote" via Internet über die Kandidaten. In sozialen Netzwerken schiessen auch politische Gruppierungen und Aktionen wie Pilze aus dem Boden. Und das Referendum gegen den biometrischen Pass zeigte, wie dank der neuen Medien auch politisch bislang kaum aktive Kreise wirksam auf der Politbühne auftreten können.

Die Schweiz hat eine lange direktdemokratische Tradition. Das unterscheidet uns von denjenigen Staaten, die wie z.B. Singapur oder Südkorea eigentlich als Vorreiter der ePartizipation gehandelt werden. Die Errungenschaften dieser Tradition gilt es in das digitale Zeitalter mitzunehmen und weiterzuentwickeln. Damit stärken wir dank moderner Technik einen der bewährtesten Grundwerte unseres Landes: die direkte Demokratie. Und damit wollen wir und werden wir auch in der digitalen Welt Spitze sein.

Meine Damen und Herren: E-Government in der Schweiz kommt forschenden Schrittes voran. Wir sind schon weit gekommen, aber es bleibt noch ein schönes Stück Weg vor uns. Nun müssen wir den vorhandenen Elan nutzen. Damit können wir auch gewisse Hürden, die in einzelnen priorisierten Vorhaben noch bestehenden, überwinden.

Der Bundesrat verleiht E-Government Rückenwind. Im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen hat er auch ein Paket E-Government beschlossen. Der Steueraussschuss E-Government hat vor zwei Wochen die Grundsätze zur Verwendung dieser Mittel festgelegt. So sollen insbesondere bereits begonnene, aber blockierte Vorhaben unterstützt werden. Geplant ist ausserdem ein Ressourcenpool, der bei Engpässen in der Umsetzung der priorisierten Vorhaben punktuell eingesetzt werden kann. Dadurch fliesst den umsetzenden Stellen von Bund, Kantonen und Gemeinden zusätzliche Unterstützung zu, speziell im Bereich Projektmanagement und juristischer Fragen.

Die Basis für ein erfolgreiches E-Government ist aber das Engagement aller Beteiligten. Für Ihr e-governmentales Herzblut, sehr verehrte Damen und Herren, gebührt Ihnen mein grosser Dank. Ich wünsche Ihnen nun eine spannende und erfolgreiche Veranstaltung. Und ich freue mich, den einen oder andern unter Ihnen bald wieder einmal zu sehen, sei es nach alter Schule in Persona, oder aber zukunftssträchtig - und natürlich ausserhalb der Arbeitszeiten - im "Facebook"-Chat.